

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 43 (1949)
Heft: 2

Artikel: Weltrundschau : New Deal Nr. 2 ; Welthilfe durch Kapitalismus? ; Der Sicherheitskomplex ; Wer bedroht wen? ; Spannung und Entspannung ; Der Weg Frankreichs ; Und Deutschland? ; "Die Schweiz des Mittelostens" ; China und die Folgen ; Kleinkrieg in Indone...

Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-139229>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

nisse müssen beseitigt werden, die der freien und unabhängigen Zusammenarbeit zwischen den Niederlanden und Indonesien im Wege stehen.

Das niederländische Volk und seine Regierung müssen unter Verzicht auf jegliche selbstsüchtigen Interessen das Möglichste tun, um durch eine vorbehaltlose und großzügige Erfüllung der gegebenen Versprechen das Vertrauen unter den Indonesiern, einschließlich der Republikaner, wiederherzustellen.

Im Glauben an unseren Herrn Jesus Christus bekennen wir unsere Gemeinschaft mit den Kirchen Indonesiens, die sich zu dem gleichen Herrn und Heiland bekennen. Er allein kann uns frei und bereit zum Dienst aneinander machen.»
Oe. P. D.

Weltrundschau

New Deal Nr. 2 Die Vereinigten Staaten von Amerika sind die erste Weltmacht unserer Zeit. Sie sind das reichste Land der Erde, der größte Güterproduzent, der größte Warenexporteur, das größte Kapitalreservoir, der größte Kreditgeber und die größte Militärmacht aller bisherigen Geschichte. Ihr Einfluß zum Guten und zum Bösen ist ungeheuer und entsprechend groß auch ihre Verantwortung gegenüber den anderen Völkern. Das ist die Lage, der sich Präsident Truman beim Antritt seiner neuen Amtsperiode gegenübersieht, und sie spiegelt sich denn auch deutlich in allen Kundgebungen wider, die von ihm bei dieser Gelegenheit ausgegangen sind. Seine Botschaften und Reden atmen einen sachlichen Ehrgeiz und eine Großzügigkeit, die man dem «kleinen Mann aus Missouri» gar nicht zugetraut hätte. Es geht zwar natürlich viel zu weit, wenn man dem innerpolitischen Programm der neuen demokratischen Regierung — anklagend oder rühmend — sozialistische Neigungen nachsagt. Auch der zweite New oder Fair Deal, wie ihn Truman angekündigt hat, soll im Gegenteil, wie schon der erste, Rooseveltsche, den Kapitalismus stärken und erhalten, der nun einmal die Wirtschaftsreligion des Durchschnittsamerikaners ist, aber er wird das zu erreichen suchen, indem er noch mehr als schon bisher den Staat zum Teilhaber und Regulator einer Wirtschaft machen will, die, sich selbst überlassen, nicht imstande wäre, die Verbraucher vor überhöhten Preisen zu schützen, den Arbeitern angemessene Mindestlöhne zu sichern, die Finanz- und Industriemonopole zurückzubinden, den Millionen von Menschen, die «immer noch in Elendsquartieren und Brandfallen hausen», anständige Wohnungen zu bauen, der Jugend allgemein einen ordentlichen Schulunterricht zu ermöglichen und den Kranken und Alten menschliche Stütze und Hilfe zu bieten. Der Staat soll im Sinne dieses Programms in großem Stil elektrische Kraft erzeugen und Wasserstraßen bauen, soll die Bürgerfreiheiten gewährleisten, auch wenn es sich

um «Rote» oder Schwarze handelt, soll die Gewerkschaftsrechte wiederherstellen und die Reichen und die Kapitalgesellschaften schärfer besteuern — kurz, Amerika soll auf dem Weg zum Wohlfahrtsstaat eine tüchtige Strecke vorwärtsgebracht und sein Wirtschaftsapparat mit Brems- und Steuerungsvorrichtungen ausgestattet werden, die ihn vor dem Sturz in eine neue Krise bewahren und womöglich eine dauernde Hochkonjunktur sichern sollen.

Dieses letztere Ziel wird zwar nicht erreicht werden; die Hoffnung, den Kapitalismus und Mammonismus zähmen und ihn seines dämonischen Charakters entkleiden zu können, wird sich als große Täuschung erweisen. Das hindert aber nicht, daß Trumans Wirtschafts- und Sozialprogramm innert den Grenzen, die ihm durch das Profitsystem und seine Dynamik gesteckt sind, grundsätzlich ebenso große Erfolgsmöglichkeiten hat wie Roosevelts New Deal, von dem bei all seinen Fehlschlägen doch mindestens vier große Errungenschaften bleiben: die Stützung der amerikanischen Landwirtschaft, die Bodenerhaltungs-, Waldwirtschafts- und Kraftherzeugungswerke, deren bekanntestes das prachtvolle Tennesseeunternehmen ist, das neue, vorbildliche Gewerkschaftsrecht und die Anfänge einer staatlichen Sozialversicherung. Dies unter einer Voraussetzung freilich: daß die *militärische Aufrüstung* nicht, wie ein Krebsgeschwür, die lebendigen Kräfte und Säfte des Volkskörpers mehr und mehr auffrißt, bestimmt doch das neue Budget für Kriegsvorbereitungen und Unterstützung an fremde Staaten nicht weniger als 21 Milliarden (21 000 Millionen) Dollar, rund die Hälfte sämtlicher Bundesausgaben, so daß für Wohnungsbau, Sozialversicherung, Erziehung, Gesundheitsdienst usw. nur noch armselige 800 Millionen übrig bleiben. Man ist zwar in den Vereinigten Staaten überzeugt, daß die ungeheuren und noch immer weiter ausgedehnten Rüstungsaufträge des Staates an die Industrie wenigstens die Vollbeschäftigung der Wirtschaft sichern werden; aber daß eine Wirtschafts- und Staatsordnung, die sich nur mehr durch fortwährend höher getriebene Kriegsrüstungen zu halten vermag, innerlich gesund und nicht vielmehr erst recht vom Zusammenbruch bedroht sei, das ist eben doch eine Annahme, deren Phantastik schon durch das deutsche, das italienische und das japanische Beispiel erwiesen sein sollte.

Welthilfe durch Kapitalismus? Nun soll freilich die amerikanische Binnenwirtschaft, außer durch Kriegsrüstungen, Marshallplan usw., auch noch durch eine weitere außenpolitische Aktion gestützt werden: durch die von Präsident Truman angekündigte planmäßige *Erschließung zurückgebliebener Länder* mittelst großzügiger, staatlich gelenkter Kapitalanlagen. Was man über diese Absicht vernimmt — sie scheint bisher erst als allgemeine Idee zu bestehen —, erinnert zunächst stark an den «Wallaceplan», von dem hier wiederholt die Rede war, und der ebenfalls die umfassende

Entwicklung der Wirtschaftskräfte besonders der kolonialen und halb-kolonialen Völker durch internationale Zusammenarbeit ins Auge faßt. Aber zwischen beiden Plänen besteht dennoch ein grundsätzlicher Unterschied. Der Wallaceplan schließt — wenn er auch die Vorteile für die amerikanische Wirtschaft durchaus hervorhebt — alle Ausbeutungs- und Herrschaftszwecke von vornherein aus. Er stützt sich auf das, was Wallace, wohl um amerikanische Empfindlichkeiten zu schonen, «fortschrittlichen» oder «demokratischen» Kapitalismus nennt, und was auf jeden Fall ein Regime wäre, das man ebenso gut eine den Sozialismus vorbereitende Planwirtschaft heißen könnte, während der Trumanplan vom gegenwärtigen, reaktionären und monopolistischen Kapitalismus ausgeht, der auch durch den zweiten New Deal nicht im Wesen geändert würde, und sich damit, als eine Art verlängerter Marshallplan, ganz natürlich in das allgemeine System der konservativ-imperialistischen Weltpolitik der Vereinigten Staaten einordnen würde. Es handelt sich, wie die «Neue Zürcher Zeitung» aus Neuyork berichtet, nach amerikanischer Auffassung «vor allem auch um einen Plan zur Sicherung der amerikanischen Wirtschaftsprosperität, die mit den wirtschafts- und sozialpolitischen Projekten des innerpolitischen ‚Fair Deal‘ nicht allein aufrecht erhalten werden könne», um ein Unternehmen, «durch das das Geheimnis der amerikanischen Produktionsweise, die in der Neuen Welt zu einem so hohen Lebensstandard geführt hat, der ganzen Welt als Beispiel dafür vorgeführt werden soll, wie man den Kommunismus überwinden kann».

Natürlich leugnet Präsident Truman — wie der patriotische Amerikaner überhaupt — entrüstet jede imperialistische Absicht der Vereinigten Staaten; aber das tun ihrerseits schließlich auch die holländische, die französische, die britische usw. Regierung, wie ja die liberale Ideologie überhaupt Ausbeutungswirtschaft, Klassenherrschaft und Klassenkampf als wesensnotwendige Tatsachen der bürgerlichen Gesellschaft zu leugnen pflegt. Der Amerikaner George Marion hat schon recht, wenn er in seinem von uns bereits erwähnten Buch «Bases and Empire» («Stützpunkte und Weltreich») schreibt, hinter all den üblichen Bestreitungen des imperialistischen Charakters der amerikanischen Außenpolitik stehe die «anmaßende Annahme unserer eigenen moralischen Vollkommenheit» und der Bösartigkeit der auf Weltbeherrschung ausgehenden Politik der anderen, besonders der Russen.

«Dieser doppelte Maßstab hat seit Roosevelts Tode zum eisernen Bestand fast unserer ganzen Meinungsmaschinerie und Amtswelt gehört. Immer und immer wieder haben sie die Untaten der Sowjetunion aufgezählt und die Pflicht der Vereinigten Staaten betont, ihre Macht überall in der Welt einzusetzen, damit nicht die Russen auf irgendeine nicht näher bezeichnete Weise zuerst dorthin kämen. Und als gar ein so hervorragender Mitbürger wie Henry Wallace, der vertraute Mitarbeiter Präsident Roosevelts, eine andere Meinung zu äußern wagte, da wurde er zuerst aus dem Kabinett verdrängt, dann in der Presse nicht zum Wort zugelassen und schließlich als ‚Verräter‘ gebrandmarkt.» (Marion, S. 118.)

Der Sicherheitskomplex Das Wenigste, das man von dieser Art amerikanischer Weltpolitik sagen kann, ist, daß sie in der Vorstellung von einer tödlichen Gefahr, die den Vereinigten Staaten im Innern und von außen her durch die Sowjetunion drohe, einen regelrechten Sicherheitskomplex entwickelt hat, der sie zu wahrhaft uferlosen Kriegsrüstungen treibt. Sie steht unter einem eigentlichen Zwang zur fortwährenden Steigerung ihrer Kriegsvorbereitungen, nicht nur von der gewaltig aufgeblähten Rüstungsindustrie her, die daran ein materielles Lebensinteresse hat, sondern auch und noch stärker infolge jenes militärischen Denkens, das immer und überall die Neigung hat, den Rüstungsapparat zu einem Ding an sich, zu einem selbständigen Wesen mit eigenen, tyrannischen Gesetzen zu erheben und die Politik der gepanzerten Faust zur normalen, auf jeden Fall zur entscheidenden Methode internationalen Verkehrs zu erklären, um so mehr wenn Reichtum und technische Leistungsfähigkeit eines Landes ihm die sozusagen unbegrenzte Steigerung seiner militärischen Machtmittel zu erlauben scheinen.*

Die Vereinigten Staaten haben so ihren militärischen Machtbereich tatsächlich über den ganzen Erdball hin ausgedehnt. Sie haben sich ihrer unmittelbaren Nachbarn für alle Fälle versichert. Sie haben sich in Labrador und Neufundland festgesetzt und beherrschen damit auch das übrige Kanada, dessen Wehrmacht mit der amerikanischen ohnehin mehr und mehr verschmolzen wird. Sie haben die mittelamerikanischen Länder (um den Golf von Mexiko herum und in der Nähe des Panamakanals) fest in der Hand, so wie auch die meisten südamerikanischen Staaten nicht mehr viel anderes als Satelliten der nordamerikanischen Zentralsonne sind. Mit ihren Stützpunkten auf Grönland, Island, den Azoren, den Bermudas und in Liberia haben sie den Atlantischen Ozean zu einem amerikanischen Binnensee gemacht. Durch ungenierte Übernahme Hunderter von ehemals japanischen, britischen, australischen, neuseeländischen und französischen Inseln «zu treuen Händen», durch Wiederfestsetzung auf den Philippinen (mit 23 amerikanischen Stützpunkten) und durch ihre unumschränkte Herrschaft über Japan und Formosa haben die Vereinigten Staaten die unermesslichen Land- und Wasserräume der Welt des Stillen Ozeans tatsächlich in ihr Imperium einbezogen, auch wenn ihnen China jetzt zu entgleiten droht. In Vorderasien gehören mindestens vier von den sieben arabischen Staaten, dazu Persien und die Türkei, unbestritten zu ihrer militärischen und politi-

* Die amerikanische Kommission für Atomkraft hat in ihrem soeben erschienenen Halbjahresbericht an die Bundesversammlung festgestellt, daß in der letzten Zeit ganz neuartige Atombomben hergestellt worden seien. Auf jeden Fall werde der Vorsprung der Vereinigten Staaten in der Atomindustrie von nun an immer größer werden. Die Atombombenfabriken befänden sich im Zustand höchster Bereitschaft und würden den amerikanischen Streitkräften im Kriegsfall neuartige Atomwaffen zur Verfügung stellen, sobald Präsident Truman das Stichwort gebe.

schen Einflußzone. Stützpunkte, Geld und Militärmissionen sichern Amerika die Kontrolle über das östliche Mittelmeerbecken, eingeschlossen Italien, das denn auch jetzt in aller Form zum Eintritt in den Westbund eingeladen worden ist, und nur ein gewisses Schamgefühl hält es bisher ab, auch Spanien — das es nebst Portugal zwar sowieso unter Druck halten kann — förmlich in sein Weltsystem einzubeziehen. Dafür wird in kurzem der Atlantikpakt fast ganz Westeuropa, vielleicht auch einen Teil der nordischen Länder, dem amerikanischen Machtbereich anschließen. Kurz, wie Marion sagt (a. a. O., Seite 159):

«Die Wahrheit — die wichtigste Wahrheit an unserem Ort und für unsere Zeit — ist, daß sich die Vereinigten Staaten in einem Tempo und Umfang ausdehnen, die ohne Beispiel in der Geschichte dastehen. Während wir hinter der Sowjetunion her ‚Haltet den Dieb!‘ schreien, sind wir selber damit beschäftigt, das schon jetzt größte militärisch-strategische Herrschaftsgebiet, das je einer einzelnen Nation unterstand, noch weiter auszudehnen.»

Haben wir übertrieben, als wir von einem Sicherheitskomplex sprachen, von einem krankhaften Sicherheitsstreben, das die amerikanische Führungsschicht erfaßt habe und sie von Rüstung zu Rüstung, von Stützpunkt zu Stützpunkt, von einer militärischen Machtposition zur anderen treibe, in uferlosem, endlosem Absolutheitsdrang, aber einem nur zu gewissen Ende mit Schrecken entgegen, wenn der Bann nicht gebrochen wird? James R. Newman, ein früherer Sachverständiger des US-Senatsausschusses für Atomkraft, meint denn auch sorgenvoll in der «New Republic»:

«Ob es Schuldgefühl, Furcht oder ein Gemisch von Angstneurosen ist, was uns eine Art von Sicherheit suchen läßt, die normalerweise nur Toten vorbehalten ist, das ist eine Frage, die man den Sozialwissenschaftlern und Psychoanalytikern überlassen kann. Die seelische Störung selbst ist jedenfalls weitverbreitet und macht sich ebenso sehr in innerpolitischen Säuberungen und Hexenverfolgungen bemerkbar wie in der Außenpolitik. Es ist offenkundig ungerecht, das amerikanische Volk imperialistischer Absichten zu zeihen (das Volk — allerdings! H. K.); aber unser Sicherheitsverlangen treibt uns gleichwohl allmählich zu Forderungen, die nur durch Weltherrschaft zu erfüllen sind.»

Wer bedroht wen? Nun ist es gewiß richtig, daß auch die Sowjetunion ein übertriebenes Sicherheitsverlangen bekundet, und daß sie vor allem ihre Sicherheit in der Gewinnung von Machtpositionen sucht, die angesichts ihrer geographischen Lage und der amerikanischen Kampfmittel von vornherein trügerisch sind. Allein das russische Sicherungsstreben ist — ähnlich dem französischen — dennoch unvergleichlich viel stärker als das amerikanische in den realen Erfahrungen einer furchtbar schweren Vergangenheit begründet. Man wird in der Sowjetunion nie vergessen, daß die junge Räterepublik vom ersten Tag ihres Daseins an der Gegenstand von Angriffshandlungen und Angriffsdrohungen der westlichen Welt gewesen ist, und kann jeden Tag feststellen, daß die Führung des ewigen Kreuzzuges gegen den ungläubigen Osten nunmehr eindeutig auf die Vereinigten Staaten

übergegangen ist, in denen der Gedanke eines ultimativen politischen Vorstoßes, ja eines präventiven Atomkrieges gegen Rußland bis in höchste militärische Kreise hinauf Anhänger gefunden hat. Und dann sind doch namentlich die russischen Kriegsvorbereitungen und Sicherungsmaßnahmen selbst als Ganzes, trotz der größeren Gefährdung der Sowjetunion, bei weitem weniger umfassend, weniger wirksam und für die Vereinigten Staaten weniger bedrohlich, als es die amerikanischen Rüstungen und Machtsicherungen gegenüber Rußland sind. Die militärischen Stellungen, die die Sowjetunion seit Kriegsende gewonnen hat — wohlgemerkt: fast alle mit Zustimmung der Westalliierten! —, sind meistens ihren Grenzen unmittelbar vorgelagert und bringen ihre Streitkräfte den durch Weltmeere von ihr getrennten Vereinigten Staaten nicht entscheidend näher, während die Ausdehnung des militärischen Machtbereiches der Vereinigten Staaten deren Streitkräfte im Westen, Osten und Süden bis ganz nahe an die Grenzen der Sowjetunion herangeführt hat und der Kranz von Ausfallbastionen rings um das Sowjetgebiet herum ihr die Zuschlagsbereitschaft der amerikanischen Waffen sozusagen täglich greifbar vor Augen hält. Auf jeden Fall gilt aber: Wenn man den Verteidigungs- und Sicherheitscharakter der russischen Außenpolitik mit dem Hinweis auf die Ausdehnung des militärischen Machtbereiches der Sowjetunion über ihre Grenzen hinaus bestreitet, so muß man das mit noch viel mehr Recht in bezug auf die amerikanische Außenpolitik tun, deren weltumspannende militärische Ausdehnung dann doppelt und dreifach als Beweis eines politischen Expansionismus und Imperialismus anzuerkennen wäre.

Man muß sich diese ganze Lage auch bei der Würdigung des Atlantikpaktes vor Augen halten, dessen Abschluß doch gewisse Schwierigkeiten zu bereiten scheint, nicht zuletzt, weil Schweden und vielleicht auch Dänemark nicht gern dabei sein möchten (Norwegen will auf jeden Fall «in dem Ding sein»). Am Zustandekommen des Paktes ist natürlich trotzdem nicht zu zweifeln, so wenig wie an seiner Ergänzung durch ausgiebige amerikanische Geld- und Materialhilfe für die Aufrüstung der überseeischen Bundesgenossen der Vereinigten Staaten. Man glaubt zwar im westlichen Lager selbst nicht ernsthaft an kriegsartige Absichten der Sowjetunion. Sogar die «Neue Zürcher Zeitung» schrieb leßthin (am 16. Januar 1949), daß

«die Sowjetunion vorläufig ihre militärischen Rüstungen als *Defensivmaßnahme* betreibt, für die Offensive aber ausschließlich die Waffe der politischen Infiltration und Unterwühlung benützt, die nicht einen Gegenschlag auszulösen droht. Als weitere Hinweise auf den im gegenwärtigen Stadium defensiven Charakter der militärischen Rüstungen Rußlands können die Nachrichten über die Vernachlässigung des Eisenbahnnetzes in Polen und Ostdeutschland und über das umfangreiche Verteidigungsdispositiv im Gebiet der alten Ostgrenze Polens gelten.»

Theoretisch wäre zwar ein mit überlegenen Kräften geführter russischer Offensivstoß gegen Westeuropa durchaus möglich; aber diese

Gefahr scheidet praktisch schon deswegen aus, weil, wie das genannte Blatt feststellt,

«für Amerika, England und Frankreich die Mobilisierung erheblicher zusätzlicher Truppen in der Zeit möglich wäre, die für die Konzentrierung der weitverstreuten russischen Armeen zur Einleitung irgendeiner Operation nötig ist. Und dazu kommt, daß die amerikanischen Luftstreitkräfte in Europa etwa 100 Bomber vom Typ der ‚Superfestung‘ umfassen, die wahrscheinlich in ihren Munitionsvorräten auch über Atombomben verfügen, was ihre Wirkungsmöglichkeit zum hundertfachen derjenigen normaler Bomber macht.»

Sollte die Sowjetunion aber trotz alledem in einem Anfall von Selbstzerstörungswahn einen Schlag gegen Westeuropa führen, so würde ein solcher Angriff — wieder nach der «NZZ» — ohne weiteres «die Mobilisierung des ungeheuren Kriegspotentials der Vereinigten Staaten von Amerika, der britischen Völkergemeinschaft und wohl auch Südamerikas auslösen, und Moskau weiß, daß es in der gegenwärtigen Phase der Industrialisierung Rußlands dem unweigerlich folgenden Gegenschlag dieser Weltmächte erliegen müßte».

Und trotz alledem fühlen sich die Westmächte, fühlen sich vor allem die Vereinigten Staaten von Amerika in keiner Weise sicher, kommen sich vielmehr immer noch von Rußland her tödlich bedroht vor, so daß sie glauben, nicht bei ihren bisherigen Rüstungen und Sicherheitsmaßnahmen stehen bleiben zu können, sondern auch noch ein atlantisches Schutz- und Trutzbündnis abschließen zu müssen, um auch für den unwahrscheinlichsten Fall das Höchstmaß von Sicherheit zu schaffen, das überhaupt erreichbar sei! Wenn das *keine* Zwangsvorstellung, kein Sicherheitswahn ist, dann wissen wir nicht, was diese Ausdrücke überhaupt besagen sollen!

Spannung und Entspannung Kann man sich aber unter diesen Umständen allzusehr wundern, daß den Russen das immer weitergreifende Sicherheitsverlangen der Westmächte allmählich doch etwas unheimlich wird, und daß sie neuestens Norwegen, ihren Grenznachbar, angefragt haben, was für militärische Verpflichtungen (Überlassung von Stützpunkten usw.) es im Falle seines Beitritts zum Atlantikpakt zu übernehmen gedenke? Gewiß ist die Form, in der diese Anfrage geschah, wieder denkbar unglücklich; die in der Sowjetnote an Norwegen wie in einer gleichzeitigen Erklärung des Moskauer Außenministeriums enthaltene Beschuldigung, der Atlantikpakt diene zweifellos Angriffszwecken, ist ebenso offensichtlich falsch wie unklug. Aber man würde sich die Sache gar zu leicht machen, wollte man unter Hervorkehrung dieses russischen Fehlgriffs von der Tatsache ablenken, daß — menschlich gesprochen — die Sowjetunion wirklichen Grund hat, über die Bildung einer Militärallianz beunruhigt zu sein, welche die Streitkräfte der Westmächte, vor allem also amerikanische Bomber und Schlachtschiffe, bis unmittelbar an die russischen

Grenzen vorzuschieben erlaubt. Man stelle sich doch nur einen Augenblick vor, wie die Vereinigten Staaten reagieren würden, wenn der Fall umgekehrt läge, wenn ihr Gebiet schon bisher von russischen Stützpunkten umgeben wäre, wenn die Sowjetunion das Monopol der Atombombe hätte, und wenn nun ein Bündnissystem im Entstehen begriffen wäre, dem auch ein unmittelbarer Grenznachbar der Vereinigten Staaten, sagen wir Mexiko, angehören sollte. Würde man dem allem in Amerika auch ruhig zusehen und nicht vielmehr allerhand dunkle Absichten dahinter wittern? Wenn man es nicht täte — und alles spricht dafür, daß dies der Fall wäre —, wie will man dann aber den Russen einen Vorwurf daraus machen, daß sie ihrerseits mißtrauisch und — zugegebenermaßen — überempfindlich sind? Aber so ist es eben meistens: wer selber in ständiger Besitz- und Machtangst lebt und sich in eigenen Sicherheitsvorkehrungen nie genug tun kann, der ist der erste, es einem anderen übelzunehmen, wenn sich auch er bedroht fühlt und seinerseits dem Nachbar nicht mehr traut. Das klassische Spiel von Furcht und Gegenfurcht, von eigenem Mißtrauen, das zu immer neuen Sicherungsmaßnahmen führt, und fremdem Argwohn, der durch jene Maßnahmen wieder seine Sicherheit bedroht sieht — mit dem einzig sicheren Ergebnis, daß schließlich allgemeine Unsicherheit herrscht und jeder dem anderen zuschreit: Du hast angefangen!

Wie aber aus diesem Fehlerkreis herauskommen? Es war vielleicht *Stalins* Absicht, mit seinen Erklärungen zu Handen der amerikanischen Presseagentur, die ihn ausfragte, einen neuen Versuch zu machen, die immer neuen Umdrehungen der Furcht- und Sicherungsspirale, die auch seine eigene Regierung mitmacht, endlich einmal zum Stillstand zu bringen. Er dachte dabei wohl daran, daß Präsident Truman im letzten Herbst seinerseits den Plan gehegt hatte, direkte Fühlung mit ihm zu nehmen und an der Ausführung seiner Absicht nur durch das Eingreifen der Gläubigen der gepanzerten Faust gehindert wurde. Er erinnerte sich gewiß auch des Ausspruches, den Truman kurz nach seiner Wahl in engerem Freundeskreise — bei einem Anlaß zu Ehren seines ehemaligen Geschäftspartners Eddie Jacobson in Kansas City — getan hatte, er wisse, daß es «in der Regierung jenes großen Landes (Rußlands) gewisse Führer gibt, denen außerordentlich viel daran gelegen ist, mit uns zu einer Verständigung zu gelangen». Und manche Anzeichen schienen ja auch tatsächlich dafür zu sprechen, daß die Sowjetunion wieder ins Gespräch mit dem Westen zu kommen suche, so ihre Bereitschaft, neuerdings über den Friedensvertrag mit Österreich zu verhandeln, und die vielbemerkten Äußerungen der kommunistischen Führer Cachin und Togliatti, die wiederholt auffallend milde Urteile über den Marshallplan und die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Ost und West abgaben. Andererseits legten eine Reihe von Erwägungen auch den Westmächten eine Lockerung ihrer starren Haltung gegenüber der Sowjetunion nahe, nicht zuletzt die auf die

Länge schwer erträgliche Lage in Berlin und das Fiasko der amerikanisch-britischen Politik in China, in Vorderasien und auch in Griechenland, wo eine neue Umbildung der Regierung die Dauerkrise des korrupten Diktatur- und Schreckensregimes vergebens zu überdecken sucht.*

Zwar fehlte es auch nicht an Symptomen für eine weitere Versteifung der beidseitigen Stellungen. Man kann dazu die Schaffung eines «Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe» zwischen der Sowjetunion und den anderen Ostblockstaaten — unter Ausschluß Jugoslawiens! — zählen, eine Art Gegenstück zur amerikanisch-europäischen Wirtschaftsorganisation, und den Austritt der westeuropäischen und amerikanischen Gewerkschaftsverbände aus dem Weltgewerkschaftsbund, der fortan eine rein kommunistisch geführte Körperschaft sein wird. So gehen eben Ausgleichs- und Kampftendenzen auf beiden Seiten beständig nebeneinander her, ohne daß die eine oder die andere Kraft endgültig durchzubringen vermöchte. Man braucht darin nicht notwendigerweise einen inneren Widerspruch oder das Ringen entgegengesetzter Strömungen innerhalb des gleichen Lagers zu sehen (obwohl namentlich in der sowjetischen Führungsschicht sicherlich dauernde Richtungskämpfe ausgetragen werden); in dem Hin und Her der Strömungen und Tendenzen spiegelt sich zunächst einfach der zwiespältige Charakter des West-Ost-Verhältnisses überhaupt wider: der (vermeintliche) Zwang, das Spiel der Macht- und Sicherungspolitik bis zum Ende weiterzuspielen, und andererseits das nie ganz einschlafende Bedürfnis, diesen Zwang doch zu durchbrechen und die gegenseitigen Beziehungen auf eine völlig neue Grundlage zu stellen.

Ob sich aus Stalins abermaligem Vortasten wirklich ein Ansatz für eine solche Neuorientierung ergeben wird, erscheint mehr als zweifelhaft, wenn man auf das Echo hört, das die Erklärungen des sowjetischen Staatschefs im Westen gefunden haben («Propagandamanöver», «Sabotage des wirklichen Friedens», «Vorbereitung eines neuen Münchens», «Einlullung des Westens zur wirksameren Vorbereitung des russischen Angriffs» usw.). Und doch muß dieser ganze Lügennebel, der immer wieder künstlich erzeugt wird, so oft die «Gefahr» eines für beide Teile annehmbaren Interessenausgleiches auftaucht, einmal durchstoßen werden, sollen wir nicht alle darin ersticken. Es muß einmal völlig klar gemacht werden, daß Frieden nicht einfach dann sein wird, wenn sich die Sowjetunion und die kleineren Oststaaten in das amerikanische Weltsystem ebenso fügsam einordnen wie England, Frankreich, Italien

* Wenn die Berichte unserer Presse über die jüngste Aktion der Partisanen gegen das Städtchen Naussa richtig sind, so wäre das freilich ebenfalls ein Verbrechen, das sich durch keinerlei militärische oder politische Notwendigkeit entschuldigen ließe. — General Markos hat übrigens ein neues Friedensangebot an die Athener Regierung gerichtet, und diese scheint gewillt zu sein, darauf einzutreten, wenn auch nur, um im Falle des Scheiterns der Verhandlungen eine neue Propagandawaffe gegen die Aufständischen zu haben.

usw. Es muß einmal anerkannt werden, daß in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und dem Westen bis zum Ende des zweiten Weltkrieges nie die Sowjetunion der angreifende und drohende Teil war, sondern immer der Westen, und daß die Sowjetunion seither keinen Grund hat, ihrerseits zum Angriff überzugehen, wohl aber tausend Gründe, jede neue kriegserische Verwicklung zu vermeiden. Und es muß einmal unwiderstehlich ins Bewußtsein der Völker eindringen, daß die fraglose militärische Überlegenheit der Westmächte der Sowjetunion jede Ausdehnungs- und Angriffspolitik auch dann verbieten würde, wenn sie aus sich selbst heraus diesen Weg ganz gern beschreiten möchte. Kurz, die Wahrheit muß durchdringen, daß es die in jeder Richtung gesicherten *Vereinigten Staaten* sind, die durch eine Rückkehr zur Politik Roosevelts auch in den auswärtigen Beziehungen den entscheidenden Schritt zur Herstellung eines tragbaren und redlichen Ausgleichs zwischen Ost und West tun müssen. Ob Präsident Truman und sein neuer Außenminister Dean Acheson, der als Zivilist eher in politischen als in militärischen Begriffen denken sollte, weitsichtig und tapfer genug sind, um diese Notwendigkeit zu erkennen und dem moralischen Terror wie dem Ansturm der materiellen Interessen zu trotzen, der gegen eine sofort als «Appeasement», als selbstmörderische Beschwichtigung des sprungbereiten Feindes, verleumdete neue amerikanische Außenpolitik losbrechen würde, das ist freilich die große Frage, die zu beantworten wir uns nicht anmaßen. Sicher ist nur, daß die Regierung der *Vereinigten Staaten* heute in erster Linie die Entscheidung über Krieg und Frieden in der Hand hält. Ihre Verantwortung vor den Völkern der Welt ist riesengroß, größer als man das in den amtlichen Kreisen Washingtons zuzugeben geneigt ist, wo man sich über den Grad der Zustimmung der westeuropäischen Völker zur Tat- und Schlagbereitschaft Amerikas vielleicht doch einer gewissen Täuschung hingibt. Alvarez del Vayo, der ehemalige Außenminister der spanischen Republik, legt jedenfalls den Finger auf den wunden Punkt der amerikanischen Politik der Militärallianzen, wenn er zu dem erstaunlichen Publikumserfolg, den Garry Davis, der als Narr verschrieene «erste Weltbürger», während der jüngsten UNO-Tagung in Paris hatte, in der *New Yorker «Nation»* schreibt:

«Das Echo auf Garry Davis' Botschaft dramatisiert die Tatsache, daß nach der Meinung sehr vieler Europäer die Antwort auf die Frage, ob es Krieg geben werde oder nicht, von den *Vereinigten Staaten* abhängt. Diese Ansicht hat nichts mit der Frage zu tun, wer an der gegenwärtigen Weltkrise schuld ist. Auch diejenigen, welche die Grundverantwortung auf Rußland schieben, glauben, daß die endgültige Entscheidung über Krieg und Frieden von Amerika getroffen werden wird ... Der Schleier von Furcht, den die amerikanische Propaganda um die Atombombe herum gewoben hat, hat Rußland nicht eingeschüchtert, wohl aber die Europäer zu hartnäckigen Verteidigern des Friedens gemacht. Auch die Gegner des Kommunismus sagen: „Eine kommunistische Welt wäre schrecklich, eine russische Besetzung unerträglich, aber einmal könnten wir doch von dem allem frei werden. Wovor es aber kein

Entrinnen gäbe, das ist die Atombombe.' Die westeuropäischen Mächte können unter dem Vorsitz von Feldmarschall Montgomery zusammentreten, die amerikanische Bundesversammlung kann Milliarden bewilligen — aber diesmal werden die Menschen in Europa nicht marschieren.»

Der Weg Frankreichs Es ist natürlich kein Zufall, daß in Frankreich Stimmungen um sich greifen, wie sie jetzt in der Garry-Davis-Bewegung zum Ausdruck kommen. Denn wenn je ein neuer Krieg ausbrechen sollte, dann käme — im Gegensatz zu Amerika und vielleicht auch England — Frankreich auf alle Fälle unter die Räder. Und davor empfindet das französische Volk nach all seinem furchtbaren Erleben nun einfach ein Grauen, gegen das kein politisches Raisonnement und keine Marshall-Lieferungen etwas vermögen. Es wehrt sich darum instinktiv dagegen, eine Schachfigur — oder gar das Spielbrett selbst — in der großen Partie zu werden, die jetzt zwischen Ost und West ausgetragen wird. Es läßt sich gewiß gern die amerikanische Wirtschaftshilfe gefallen, die abzulehnen keine französische Regierung verantworten könnte, ist aber auch eifersüchtig darauf bedacht, die bedenklichen politischen Wirkungen dieser Unterstützungs-genössigkeit abzuwehren, die eine kurzsichtige Propaganda törichter-weise immer noch abzuleugnen sucht, die aber eben doch eine handgreifliche Tatsache sind und von der Gegenpropaganda nur ausgenützt und übertrieben werden, keinesfalls jedoch erfunden worden sind. Bezeichnend für eine in Frankreich weitverbreitete Auffassung erscheinen uns in dieser Hinsicht zwei Stimmen, die sich in der letzten Nummer des «*Socialiste Chrétien*» haben vernehmen lassen, und die wohl auch unsere Leser interessieren. Camille Val, der Redaktor des uns gesinnungsverwandten Blattes, stellt da fest:

«Nach einjähriger Wirksamkeit des europäischen Wirtschaftsprogramms ist die politische Bilanz düster. Wir bezahlen eben die empfangene Hilfe mit der Unabhängigkeit unserer Diplomatie, mit der Unabhängigkeit unserer Außenpolitik. Von Stufe zu Stufe sinkend, sind wir jetzt beim Atlantikpakt angelangt, der nichts anderes als ein gegen die Sowjetunion gerichtetes Militärbündnis ist, und das heißt Entscheidung für den einen der beiden Großen gegen den andern, heißt Umwandlung unseres Landes in einen Brückenkopf für den Atomkrieg, den man vorbereitet.»

Innenpolitisch aber bedeutet die wirtschaftliche Bindung Frankreichs an Amerika, wie Robert Joseph am selben Ort bemerkt,

«in erster Linie den Stillstand der Nationalisierungspolitik zum Zwecke des Schutzes der Kapitalanlagen der amerikanischen Financiers. Zweitens bedeutet sie die Gewinnung einer politischen Sicherheit und Stetigkeit, welche die Risiken einer Nationalisierung ausschließt. Drittens Einschränkung der Befugnisse der Gewerkschaftsorganisationen bei der Überwachung der Betriebsführung ... Wir wissen bereits, daß in Deutschland die Industrie der Westzone kolonisiert ist. In Italien sind die amerikanischen Kapitalanlagen in der Automobil- und der Elektrizitätsindustrie gleichfalls gewaltig ... Die Amerikaner sind keine edelmütigen Mäzene. Und wir sind keine Bettler.»

Partei- und klassenpolitisch hat Frankreich für den Augenblick so ziemlich Ruhe. Aber die zaghaften und einseitig die Verbraucher und Lohnempfänger treffenden Lenkungsmaßnahmen, zu denen sich das eigentlich doch dem Wirtschaftsliberalismus verpflichtete Kabinett Queuille herbeigelassen hat, werden auf die Länge doch nicht durchgreifend helfen. Das französische Wirtschaftsproblem kann, wie man immer wieder sagen muß, nur durch radikale Eingriffe in die Produktionsmethoden, in die Landwirtschaftspolitik, in die Lohn- und Preisgestaltung, in die Inflations- und Schwarzhandelspraktiken gelöst werden. Das erfordert harte Arbeit, bittere Opfer und damit eine Disziplin, die nur durch hingebungsvollen, freiwilligen Einsatz der ganzen Arbeiterschaft, eingeschlossen ihren stärksten und tätigsten Bestandteil, die Kommunisten, zu erreichen ist. Jeder andere Weg, vor allem derjenige der nationalistischen Reaktion, wird Frankreich nur tiefer in die Not hineinführen.

Und Deutschland? Ähnliches gilt für Deutschland. Das Erstarren der nationalistischen Reaktion ist ja auch hier, besonders in der Westzone, mit Händen zu greifen. Ihr großes Sammelbecken, so schreibt Anna Siemsen in der «Roten Revue», ist die Christlich-Demokratische Union (die ja in Wahrheit weder christlich noch demokratisch ist, sondern so ziemlich das Gegenteil). «Unbedingt beherrscht von ihrem großkapitalistischen rechten Flügel, findet sie unter der sehr klugen Leitung des herrschgewohnten Klerus die vollste Unterstützung der Militärregierungen, die in ihr den Garanten sehen, daß „nix passieren“ kann. Sie rechnen und hoffen durchaus auf die Reaktion in der übrigen Welt.» Und deren Unterstützung ist denn auch den deutschen Rückwärtsern völlig sicher. Churchill fordert immer wieder, man solle bei der Behandlung Deutschlands nun doch endlich einmal «den Schwamm über die Verbrechen und Schrecken der Vergangenheit ziehen und um unserer Rettung willen in die Zukunft blicken». Noch deutlicher sagt es der amerikanische Militärgouverneur von Bayern, Murray van Wagoner, wenn er erklärt, Westdeutschland sei nunmehr zur Frontlinie im kalten Krieg gegen den Kommunismus geworden. Und Lord Douglas, bis vor kurzem britischer Oberkommandierender in Deutschland, schrieb letztes Jahr im gleichen Sinn: «Die drängendste Gefahr ist heute nicht sowohl ein Wiederaufleben des deutschen Militarismus, sondern die Ausbreitung des Kommunismus nach Westen.» Höchst zeitgemäß erinnert demgegenüber der «New Statesman» an eine bestürzend ähnlich lautende Äußerung Lord d'Abernons, des unseligen britischen Botschafters in Berlin nach dem ersten Weltkrieg, der unter dem 20. November 1920 in seinem Tagebuch bemerkt: «Die Franzosen scheinen nicht zu begreifen, daß die militärische Gefahr (von seiten Deutschlands) der Vergangenheit angehört, und daß die wirkliche Gefahr in Deutschland die kom-

munistische Unordnung ist.» Das sozialistische Londoner Blatt meint dazu:

«Feststehende und unausweichliche Tatsache ist, daß die Westalliierten es nicht verstanden haben, den Grundriß und Aufbau des sozialen und wirtschaftlichen Lebens in Deutschland zu verändern... Die Grundlagen, das Gerüst, die Aufstiegstreppe und -leitern des deutschen Nationalismus sind trotz einem gewissen gegenteiligen Augenschein ungefähr ebenso sicher und haltbar wie in den zwanziger Jahren. Unter dem Schutt und Wirrwarr, den die Niederlage erzeugt hat — und die humanitären Gefühle haben sich verständlicherweise vor allem dieser Seite des Bildes zugewandt —, haben die gesellschaftlichen Kräfte, die sich einer demokratischen Lenkung unzugänglich erwiesen haben, ständig an Boden gewonnen¹.»

Stellen wir dem gegenüber, was einer unserer religiös-sozialen Gesinnungsgegnern, der im amerikanischen Sektor von Berlin, also gleichzeitig auch mitten in der russischen Zone Deutschlands drin, lebt, in einem Privatbrief nach der Schweiz schreibt:

«Auch bei uns gibt es genug Sozialdemokraten, die ihren Hauptfeind im Kommunismus sehen und sich zum ‚Kreuzzug gegen Rußland‘ mit jedem bürgerlichen Politiker verbünden... (Aber) denen, die es ernst meinen, geht es in erster Linie darum, daß der Sozialismus verwirklicht wird. Dabei ist uns selbstverständlich die Gewissensfreiheit und die Menschenwürde ebenso wichtig wie unseren Brüdern im Westen, und wir werden unseren Mann stehen, wenn eins dieser beiden gefährdet oder vernachlässigt wird. Aber wir sind soweit ‚Marxisten‘, daß wir glauben: Beides kann im eigentlichen, wahren Sinne nur nach dem Siege des Sozialismus verwirklicht werden. An der bürgerlichen Scheinfreiheit und an dem, was der Kapitalismus unter Menschenwürde versteht, liegt uns gar nichts. Wir sind über das, was in der deutschen Ostzone geschieht, in der viele von uns leben, genau orientiert und denken nicht daran, irgend etwas zu verharmlosen oder zu vertuschen. Aber wir sehen eben auch das Positive! Um nur die drei wichtigsten Punkte zu nennen: Die restlose Beseitigung des junkerlichen Großgrundbesitzes durch die Bodenreform, die Öffnung der Universitäten für die intelligenten Söhne des Proletariats, und die Heranbildung eines Richterstandes, der nicht mehr einseitig die Interessen der Besitzenden und die Ideale der bürgerlichen Welt als ‚Recht‘ verfißt. Das alles geschieht etwas gewaltsam, wenn man so will ‚diktatorisch‘... (Aber) ich sage den Kritikern aus dem Westen immer: Macht es uns doch vor, wie ihr auf dem westlich-demokratischen Wege auch nur ein Stückchen Sozialismus verwirklichen könnt! Aber leider geht die Entwicklung im Westen Deutschlands genau denselben verhängnisvollen Weg, wie wir alle ihn nach 1918 gegangen sind, und der uns binnen 15 Jahren zu Hitler geführt hat. Schon versammelt sich alles, was im Nazireich eine Rolle spielte, im Westen; militärisches Denken wird nicht nur geschont, sondern geradezu gepflegt; die Universitäten werden von ehemaligen

¹ Es mag hier vermerkt werden, daß die aufgeregte Auseinandersetzung über eine mögliche Wiederaufrüstung Westdeutschlands, von der hier wiederholt die Rede war, des ernstesten Hintergrundes doch nicht zu entbehren scheint. Es war nämlich eine amerikanische Presseagentur, die «United States News», die seinerzeit als erste zu melden wußte: «Militärische Sachverständige der Vereinigten Staaten sind daran, eine neue politische Linie auszuarbeiten (Militärs eine politische Linie! H. K.): sie empfehlen den Wiederaufbau der deutschen Armee als Gegengewicht gegen die Russen. Die Meinung der Militärs ist, daß die Deutschen eher gewillt wären, militärische Pflichten auf sich zu nehmen, als die zögernden Franzosen.» Devere Allen, der dies in der «Worldover Press» (7. 1. 49) feststellt, fragt mit Recht: «Ist der Plan nun tot? Wird Mr. Royalls (des amerikanischen Kriegsministers) Dementi gültig bleiben? Sprach er nur von der bisherigen Lage oder wird der Plan für eine neue deutsche Armee später wieder vorgenommen werden? Das ist es, was Europa gerne wüßte.»

Frontoffizieren beherrscht; die Justiz treibt die reaktionärsten Blüten; und alles spricht schon vom nächsten Krieg, in dem es mit amerikanischer Rüstung und amerikanischer Hilfe gegen Rußland gehen soll . . .»

Mit solcher Gesinnung wird freilich das deutsche Problem nie zu lösen sein!

«Die Schweiz des Mittelostens» Kurzsichtiger Antisowjetismus hat bisher immer wieder auch die Lösung der *Palästinafrage* erschwert. Die arabischen Staaten, zusammen mit Iran und der Türkei, zu einem Bollwerk gegen das Vordringen des Kommunismus in Vorderasien zu machen und das ohnehin schon ganz «jüdisch-bolschewistisch durchtränkte» Palästina möglichst kurz zu halten, das war ja die längste Zeit ein Hauptziel der Orientpolitik des britischen und des amerikanischen Außenministeriums. Dieses Ziel schien nun aber durch die Verhandlungen, die angesichts der heldenhaften Selbstbehauptung der Juden gegen eine anscheinend erdrückende Übermacht sowohl Ägypten als Transjordanien mit Israel anzuknüpfen für gut befunden hatten, um die Jahreswende herum ernsthaft gefährdet. Es sah ganz so aus, als würden außer dem «roten» Israel auch noch wichtigste Araberstaaten aus der antikommunistischen Front ausbrechen, ja vielleicht mit der Zeit, wenn die herrschenden Feudalklassen ihren Rückhalt an den westlichen Demokratien verlören, gar zum Feind übergehen. Dem mußte vorgebeugt werden. Man entschloß sich darum in London zu tatkräftigem Handeln. Man intrigierte in Kairo gegen Israel — ohne Erfolg zwar, wie der Fortgang der Friedensverhandlungen auf Rhodos zeigt. Man bearbeitete aufs neue Abdullah von Transjordanien und brachte es auch wirklich fertig, den Wüstenkönig zum Abbruch seiner Verhandlungen mit Israel und zur Anrufung britischer Hilfe zu veranlassen, einer Hilfe, die dann mit verdächtiger Promptheit tatsächlich in Akaba, am Nordostzipfel des Roten Meeres, eintraf, gefährlichste Verwicklungen mit den Juden in Aussicht stellend, die bereits fünf britische «Erkundungsflugzeuge» im israelitisch-ägyptischen Grenzgebiet abgeschossen hatten.

Aber das war nun wirklich auch der Gipfel einer Palästina- und Orientpolitik des britischen Außenministeriums, deren Ungeschicklichkeit und Unfähigkeit mit dem Fehlen jeglicher demokratisch-sozialistischen Gesinnung bei einigen ihrer Hauptträger erfolgreich wetteiferten. Der Umschlag mußte kommen. Und die an Rebellion grenzende Opposition in England selbst, die sich gegen Bevin (und Attlee) erhob, zusammen mit dem Druck, den Präsident Truman und einige britische Dominien auf London ausübten, führte ihn denn auch rasch herbei. Noch sträubte sich der Außenminister, eigensinnig und selbstgerecht wie er ist, mit Händen und Füßen gegen ein offenes Eingeständnis des Kurswechsels, der unvermeidlich geworden war, und setzte damit sich selber wie das

ganze Kabinetts einer förmlichen Niederlage aus. Aber irgendwie scheint ihm doch beigebracht worden zu sein, daß die Arabische Liga heute nur noch ein Bluff, Israel aber eine bleibende Tatsache ist; die De-facto-Anerkennung Israels ist nun jedenfalls auch von Großbritannien ausgesprochen und so der Weg zu einer völligen Umgruppierung der Kräfte in Vorderasien freigemacht worden. Bevin scheint zwar mit dem Gedanken zu spielen, Israel in einen jüdisch-arabischen Staatenbund einzuspannen, der seinerseits dem Westblock anzugliedern wäre; aber dazu ist es nun wohl bereits zu spät. Israel dürfte keine Neigung verspüren, zum Anhängsel der Westallianz zu werden, strebt vielmehr danach, sozusagen als «mittelöstliche Schweiz», wie man es genannt hat, nach beiden Seiten hin unabhängig und *neutral* zu bleiben. Und in dieser Haltung trifft es sich mit den anderen vorderasiatischen Staaten, so daß sich hier die ganz reale Möglichkeit für die Bildung einer politischen Föderation zeigt, die ihre Selbständigkeit gegenüber beiden Machtblöcken zu bewahren gewillt wäre — zur Beschämung für Westeuropa, das immer tiefer in die Abhängigkeit von einem Großmachtsystem versinkt. Die Wahlen zur israelitischen Nationalversammlung, die die Stellung der Regierungsparteien und besonders der über die Mehrheit der Stimmen verfügenden sozialistischen Gruppen merklich gekräftigt haben, bilden zum mindesten kein Hindernis für eine solche Politik, und wenn es richtig ist, daß besonders von Amerika her in den nächsten Jahren sehr große jüdische Kapitalien nach Palästina fließen werden, so besteht alle Aussicht, daß mit britischer und offiziell-amerikanischer Hilfe große Werke der Bodengewinnung, Bewässerung, Aufforstung und Krafterzeugung erstellt werden, die zusammen mit einer politischen Erneuerung der Welt des Orients geradezu eine geistige und leibliche Auferstehung der Völker Vorderasiens einzuleiten geeignet sind.

China und die Folgen Unser Raum erlaubt es nicht, auf die jüngste Entwicklung in China genauer einzutreten. Es ist das aber vielleicht auch gar nicht nötig, da wir den Sinn der chinesischen Umwälzung schon bisher hinreichend deutlich herausgestellt zu haben glauben. So sei denn einfach festgehalten, daß nach dem Fall von Peking und Tientsin den kommunistischen Armeen der Weg ins Yangtsetal endgültig freigeworden ist, daß Chiang Kai-Shek, die Hoffnungslosigkeit seiner Lage einsehend, «vorläufig» von der Bildfläche verschwunden ist und die Kuomintang-Regierung bei den Kommunisten um Friedensverhandlungen nachgesucht, sich dann aber, angesichts der «Härte» der kommunistischen Bedingungen, nach Canton zurückgezogen hat, wo sie vielleicht eine Zeitlang, jeglicher Autorität beraubt, noch ein Schattendasein führen kann. Die Kapitulation wird ihr auf die Länge gleichwohl nicht erspart werden, scheint doch Mao Tse-Tung, der «Lenin Chinas», entschlossen, diesmal ganze Arbeit zu machen und die vor 38 Jahren begonnene Revolution auch in Mittel- und Süd-

china mit der gleichen Gründlichkeit durchzuführen wie in den befreiten West- und Nordprovinzen, wo auch nach dem Zeugnis ganz und gar nicht kommunistischer ausländischer Beobachter eine saubere Verwaltung, eine fortschrittliche Regierung und eine verheißungsvoll aufblühende Bauern- und Arbeiterdemokratie besteht. Mit dem alten Regime geht es wirklich zu Ende; ein neues China tritt, zunächst unter kommunistischer Flagge, auf den Plan, ein China, das auch die Geschicke der übrigen Völker des Fernen Ostens aufs tiefste beeinflussen wird.

Man bemerkt die Ausstrahlung der chinesischen Ereignisse schon jetzt insbesondere in Japan, wo die jüngsten Parlamentswahlen auf der einen Seite, unter dem Druck der amerikanischen Besetzungsmacht, einen Erdrutsch zugunsten der konservativ-kapitalistischen Rechten und einen eigentlichen Zusammenbruch der Mittelparteien gebracht haben, auf der anderen Seite aber ein unerwartet starkes Anschwellen der kommunistischen Bewegung erzeugen, deren Abgeordnetenzahl (eingeschlossen die sieben Vertreter der Bauern- und Arbeiterpartei) von vier auf 42 angestiegen und damit nahe an diejenige der Sozialdemokraten herangekommen ist, die von 143 auf 49 Mandate herabgesunken sind. Aber auch in Indochina, Siam, Malaya, Indonesien, Burma und selbst Indien werden mit der Zeit die Wirkungen der Umwälzung in China fühlbar werden. Erwähnen wir für heute nur, was Andrew Roth nach einer Unterredung mit dem Führer der nichtkommunistischen Freiheitsbewegung von Cambodsch (Indochina), Prapiset Panich, in der New Yorker «Nation» berichtet:

«Wenn die chinesischen Kommunisten — so sagte Prapiset — an der Grenze von Jünnan erscheinen und Ho Chi Minh (dem Führer der vietnamischen Nationalisten) auch nur mäßige Unterstützung gewähren, so kann er, wie ich glaube, die Franzosen aus diesem Teil des Landes in drei Monaten hinauswerfen. Das wird aber heißen, daß Ho Chi Minhs Regierung rot werden wird. Und wenn sie uns Waffen anbieten, um die Franzosen zu verjagen, so werden wir sie annehmen, auch wenn das heißt, daß wir ebenfalls rot werden. Ich habe jahrelang die Engländer, Amerikaner und Siamesen um Hilfe in unserem Unabhängigkeitskampf gebeten — ohne Erfolg. Wir würden uns lieber von den Demokraten helfen lassen, aber wir werden die Hilfe annehmen, woher sie uns auch geboten wird und dankbar dafür sein. Die Demokraten haben zwei Wege zur Wahl vor sich und nur ganz wenige Wochen Zeit, um sich zu entscheiden. Entweder unterstützen sie die gemäßigten Nationalisten oder aber (ungewollt) die Kommunisten. Wenn sie den zweiten Weg einschlagen, wird es mit dem westlichen Einfluß in Südostasien bald fertig sein.»

Kleinkrieg in Indonesien Daß dies auch in bezug auf Indonesien weder die Holländer noch die übrigen Westvölker einsehen wollen, kann sie alle teuer zu stehen kommen. Es ist ja doch einfach beschämend, wie willen- und hilflos die sogenannten Vereinten Nationen vor dem holländischen Rechtsbruch dastehen. Was Wunder, daß Holland dem hohen Sicherheitsrat unverhohlen seine Verachtung zeigt und ihm kühl ins Gesicht sagt, es falle ihm überhaupt nicht ein, sich an seine Beschlüsse zu halten, etwa durch Frei-

lassung der republikanischen Führer oder gar durch Rückgabe der eroberten Gebiete an die Indonesier. Es verfolgt vielmehr, nach dem Abschluß des ersten Teiles der Kriegshandlungen, unbeirrt seinen Plan weiter, eine indonesische Puppenföderation aufzurichten, durch die gedeckt der alte Kolonialimperialismus, wenn auch etwas neu aufgeputzt, seine Geschäfte ungestört fortzusetzen gedenkt. Ob diese Absicht auch nur vorläufig gelingt, erscheint schon jetzt zweifelhaft. Der Kleinkrieg der Indonesier nimmt mit jedem Tag an Ausdehnung und Erbitterung zu und soll bereits große Teile von Java und Sumatra erfaßt haben, so daß der holländische Oberkommandierende, General Spoor, offen erklärt hat, die ihm zur Verfügung stehenden Truppen (immerhin über 100 000 Mann) reichten nicht aus, um eine rasche «Befriedung» Indonesiens herbeizuführen. Dazu kommt, daß die Indonesier die «Strategie der verbrannten Erde» offenbar recht planmäßig anzuwenden begonnen haben und Siedlungen, Pflanzungen, Fabriken und Ölfelder in großem Umfang zerstören. Das Wirtschaftsleben Indonesiens droht dadurch schwer geschädigt und die innere Entfremdung zwischen Holland und dem indonesischen Volk immer heillosen gemacht zu werden. Gleichzeitig werden sich auch die *Fernwirkungen* des holländischen Kolonialismus in die asiatische Völkerwelt hinein als immer verhängnisvoller erweisen. Denn so maßvoll auch bisher die Haltung der südostasiatischen Regierungen war, deren Vertreter kürzlich in Neu-Delhi zur Besprechung der indonesischen Frage zusammengekommen sind, so ernst ist die Möglichkeit, daß sich die Abwehrbewegung der hier durchaus solidarischen farbigen Nationen gegen den Imperialismus der weißen Völker mehr und mehr radikalisiert, je länger Holland zögert, von seinem falschen Weg umzukehren.

Eine Herzstärkung bleibt uns bei alledem, daß in Holland selbst die neue *Widerstandsbewegung*, der Kampf gegen den gewalttätigen Kolonialismus, viel weitere Kreise gezogen hat, als die Offiziellen wahr haben wollen. Es sind keineswegs nur die Kommunisten, die in Opposition zum indonesischen Krieg stehen; neben ihnen kämpfen tapfer die Linkssozialisten*, die Pazifisten und starke protestantisch-kirchliche Gruppen, unter denen unsere Gesinnungsfreunde in vorderster Reihe stehen. Ebenso sachlich wie grundsätzlich klar hat insbesondere Professor G. J. Heering in der «Militia Christi», dem Organ von «Kirche und Frieden»,

* Ein kürzlich abgehaltener außerordentlicher Kongreß der (sozialdemokratischen) Partei der Arbeit Hollands hat zwar mit großer Mehrheit einer von der Parteileitung vorgelegten Resolution zugestimmt, die besagt, daß der Kongreß es «begreife», wenn die Regierung in Indonesien Waffengewalt anwende. Aber ein voller Drittel der Parteitagsdelegierten stimmte doch für die Gegenresolution, welche die Gewaltaktion gegen die Indonesische Republik verurteilt. Und nachher wurde sogar eine zweite von der Opposition unterbreitete Resolution angenommen (wenn auch nur mit schwachem Mehr), die die Wiederherstellung der Indonesischen Republik als autonomes Gemeinwesen und völlige Bewegungsfreiheit für die gefangengenommenen Führer der Republik fordert.

die Ausflucht zurückgewiesen, der holländischen Regierung sei gar keine andere Wahl geblieben als mit dem Schwert dreinzuschlagen. «Es ist», so schreibt er,

«seine (des holländischen Volkes) eigene Kolonialgeschichte, seine eigene Haltung in den letzten Jahren, die diese Zwangslage geschaffen hat, worin unsere Regierung nur die Wahl zwischen einem großen Übel und einem vielleicht noch größeren hatte... (Holland) hat, unterstützt durch Haltung und Benehmen der Gegenpartei, sich selbst in eine Zwangslage gebracht, eine Lage, die ihm durch seine eigene Vergangenheit aufgezwungen wurde — der Fluch der bösen Tat, der bösen Vorgeschichte. Es hat im Osten sein Leben nicht verlieren können. Darum wird es dort sein Leben auch nicht mehr finden.»

Und Professor Heering schließt — womit auch unsere heutige Rundschau geschlossen sei —, indem er bittet: «Herr, erlöse uns von dem Bösen und von der bösen Tat mit ihren bösen Folgen! Herr, zerbrich den Bann des Bösen! Rette Holland und beschütze Indonesien!»

Hugo Kramer.

BUCHBESPRECHUNGEN

Die Neger in USA

Sinclair Lewis, Kingsblood Royal, Random House, New York, 1947.

Zu den Problemen, die der erste und noch viel dringlicher der Ausgang des zweiten Weltkrieges zu lösen aufgab, gehört ohne Zweifel die Einstellung der Weißen zu den sogenannten «coloured races», den Farbigen. Die Freiheitskämpfe in Indonesien und Malaia, die Empörung, die das gewaltsame Vorgehen der europäischen Kolonialmächte in Asien schürt, der Aufruf Indiens zum Kongreß der asiatischen Völker, sind eine deutliche Warnung an die Machthaber, die noch immer an der Fiktion der Minderwertigkeit der farbigen Rassen festhalten. Das Problem stellt sich, wie man weiß, nicht nur in Asien, es zeigt sich in nicht weniger heftiger Form in Afrika und nicht zuletzt in den USA. Ob die Weißen als Minderheit den Farbigen gegenüberstehen, wie in Asien, Afrika, oder als erdrückende Mehrheit, wie in den USA, die Wirkung scheint immer dieselbe zu sein und zur Unterdrückung und Ausnützung der Farbigen zu führen. Heute, im Zeitalter der vier Freiheiten, allerdings auch zur Auflehnung der Unterdrückten.

Es ist in diesem Zusammenhang von Interesse, die Stimme eines vorurteilsfreien Amerikaners zu hören. Nicht daß Sinclair Lewis konkrete Vorschläge für das Zusammenleben mit den Schwarzen in seinem Lande zu machen hätte. Aber kraft seines unbestechlichen Urteils und seiner Gestaltungskraft gelingt ihm, was noch so wohlmeinende Schilderungen und Statistiken nicht zustande bringen. In seinem «Kingsblood Royal», das etwa mit «Königliches Blut» zu übersetzen wäre, läßt er uns spüren, wie einem Angehörigen der amerikanischen oberen Schichten zumute ist, wenn er die USA als Schwarzer erlebt. Ein kriegsverwundeter Offizier, mit einer Dame aus bester Familie verheiratet, entdeckt, daß ein Vorfahre, in dem er nach allerlei geheimnisvollen Andeutungen einen Prinzen königlichen Geblütes vermutete, in Wirklichkeit ein Vollblutneger war. Damit ist er als Nachkomme, obwohl nur zu einem Zweiunddreißigstel schwarz, nach Yankee-begriffen eben doch ein Angehöriger der «minderwertigen» Rasse. Das Großartige an ihm ist nun, daß er nach anfänglichen schweren Anfechtungen spürt,